

## DER VOLKSWIRT

## Die Ökonomie der Frauenrechte

Nach und nach haben Frauen mehr Rechte erhalten. Welche polit-ökonomischen Mechanismen waren dabei am Werk?

In den meisten Ländern der Welt, darunter auch Deutschland, besaßen Frauen bis vor 200 Jahren kaum Rechte. Sie durften weder wählen noch Verträge unterzeichnen oder über Vermögen verfügen. Die Bestimmung über das Schicksal ihrer Kinder und das Recht auf Scheidung waren ihnen ebenfalls versagt. Stattdessen standen Frauen unter der Kontrolle von Männern, nämlich ihren Vätern in der Kindheit und ihren Ehemännern im Erwachsenenalter.

Über die letzten zwei Jahrhunderte hinweg haben Frauen hingegen in verschiedenen Lebensbereichen nach und nach Rechte gewonnen. Die Ausweitung von Frauenrechten entwickelte sich parallel zu wirtschaftlichen Transformationen wie

Von Michèle Tertilt,  
Matthias Doepke,  
Anne Hannusch und  
Laura Montenbruck

der Industrialisierung, der Ausweitung des Dienstleistungssektors und einer wachsenden ökonomischen Rolle der Bildung. Dieser Zusammenhang legt die Möglichkeit nahe, dass wirtschaftliche Faktoren die Entwicklung der Frauenrechte beeinflusst haben.

Im Jahr 1979 verabschiedete die UN-Generalversammlung das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ mit dem Ziel, weltweit und in allen Lebensbereichen die Diskriminierung von Frauen zu bekämpfen. Deutschland unterzeichnete diese Frauenrechtskonvention am 17. Juli 1980. Trotz der internationalen Bemühungen und der Ratifizierung durch 186 Länder ist die Vision der rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann bis heute nicht vollständig verwirklicht worden.

Selbst im Jahr 2000 konnten Frauen in einem Viertel aller Länder nicht eigenständig einen Pass erwerben. In 30 Prozent der Länder war es Frauen im Gegensatz zu Männern nicht erlaubt, Nachtschichten zu arbeiten. In mehr als 50 Prozent der Länder wurden Frauen per Gesetz nur bezogen gegen sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt geschützt. In einigen wenigen Ländern durften Frauen noch immer nicht wählen. Der Fortschritt der letzten 50 Jahre wird durch die Weltkarte der Frauenrechte im Jahr 1971 und 2017 verdeutlicht. Je dunkler die Farbe, desto egalitärer sind die jeweiligen Rechtssysteme.

## Vier ökonomische Ansätze

Maßgeblich bleibt für die Ausweitung der Frauenrechte, ob politisch einflussreiche Gruppen der Bevölkerung von Frauenrechten profitieren. Um die Ausweitung der Frauenrechte zu verstehen, muss man daher analysieren, welche Anreize Frauen und Männern haben, eine Ausweitung von Frauenrechten zu unterstützen. Auf den ersten Blick möchte man denken, dass die Fronten bei Frauenrechten klar verteilt sind: Frauen sind dafür – und zumindest viele Männer dagegen. Der ökonomische Ansatz zeigt hingegen, dass es auch andere Muster geben kann. Vier sich gegenseitig ergänzende Theorien helfen uns, ökonomische Anreize und das daraus resultierende politische Verhalten der Bevölkerung systematisch zu betrachten.

■ **Die Verhandlungsposition der Frau**  
Frauenrechte beeinflussen die Aufteilung von Macht und Ressourcen innerhalb von Familien und Ehen. Wenn Frauen über geringe oder keine Rechte verfügen, haben sie nur begrenzten Einfluss darauf, wofür das Familieneinkommen verwendet wird. Sie befinden sich in einer schwachen Verhandlungsposition, da es nur wenige Möglichkeiten für ein eigenständiges Einkommen, Leben oder eine berufliche Karriere außerhalb von familiären Strukturen gibt.

Wenn also ausschließlich die Verteilung des Familieneinkommens zwischen Frau und Mann berücksichtigt wird, sollten in der Tat alle Frauen für die Ausweitung von Frauenrechten stimmen – und alle Männer strikt dagegen. Angesichts der Tatsache, dass Reformen begannen, bevor Frauen das Wahlrecht hatten, kann dieser Aspekt allein die Einführung der Frauenrechte also nicht erklären.

## ■ Das Familieneinkommen

Rechte für Frauen im Arbeitsmarkt führen typischerweise zu einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dadurch steigt auch das Familieneinkommen, wovon sowohl Männer als auch Frauen in gemeinsamen Haushalten profitieren. Hier ergibt sich also eine geschlechterübergreifende Koalition für Frauenrechte. Die Koalition auf der Gegenseite ist ebenfalls ge-



Illustration Peter von Tresckow

mischt: Ledige oder alleinverdienende Männer können durch die Konkurrenz von arbeitenden Frauen an Einkommen verlieren, was sowohl sie als auch ihre Ehefrauen potentiell zu Gegnern von Reformen am Arbeitsmarkt macht.

## ■ Elterliche Fürsorge

Die Theorie der elterlichen Fürsorge postuliert, dass Frauenrechte einen positiven Einfluss auf das Wohl der Kinder haben. Da sowohl Mütter als auch Väter das Wohl ihres Kindes im Blick haben, kann es auch aus Sicht der Väter vorteilhaft sein, wenn Mütter mehr Rechte erhalten und dadurch das Kindeswohl gesteigert wird. Ein Beispiel dafür wäre, dass ein höherer Anteil des Familieneinkommens in die Förderung von Kindern investiert wird. Dies führt zu einer elterlichen Koalition, bestehend aus Müttern und Vätern, die Frauenrechte unterstützen – insbesondere in Gesellschaften, in denen Humankapital und daher die Kindererziehung im Vordergrund stehen.

## ■ Präferenzen für öffentliche Politik

Schließlich kann die politische Einbeziehung von Frauen beeinflussen, welche Politik umgesetzt wird, und somit beispielsweise das Ausmaß der Umverteilung durch Steuern und Transferleistungen oder die Bereitstellung öffentlicher Güter erhöhen. Menschen, deren politische Prä-

ferenzen mit denen von Frauen übereinstimmen, stimmen daher eher für die Erweiterung von Frauenrechten – unabhängig vom eigenen Geschlecht, der familiären Situation oder davon, ob Kinder im Haushalt leben.

## Die Datenanalyse

Die Frage, ob eine Mehrheit in der Bevölkerung für die Ausweitung von Frauenrechten stimmt, hängt davon ab, welcher dieser vier Mechanismen überwiegt. Die Antwort kann daher durch die empirische Analyse von Daten gefunden werden. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes beeinflusst die relative Stärke der verschiedenen Mechanismen und kann somit zu Veränderungen der Mehrheitspositionen für oder gegen Frauenrechte führen. Wenn beispielsweise eine Volkswirtschaft noch nicht weit entwickelt ist und hauptsächlich auf landwirtschaftlicher Produktion basiert, überwiegt die schwache Verhandlungsposition von Frauen. In der Regel gibt es wenige bezahlte Arbeitsmöglichkeiten, wodurch Frauen nicht zum Familieneinkommen beitragen können. Sie werden zusammen mit Kindern als unbezahlte Helfer auf dem Hof benötigt. Humankapital spielt in dieser Produktionsform eine untergeordnete Rolle. Diese wirtschaftlichen Bedingungen verhindern die Ausweitung von Frauenrechten.

In der Tat wurden die ersten Frauenrechte in den USA erst eingeführt, als die Volkswirtschaft von einer Agrarwirtschaft zu einer modernen Volkswirtschaft überging. Durch die neuen Arbeitsmöglichkeiten nahm die Bedeutung von Bildung zu, was das Motiv der elterlichen Fürsorge stärkte, da die Ausbildung von Kindern nun einen höheren Stellenwert hatte. Im Laufe der Zeit bildete sich eine Mehrheit in der Bevölkerung, die vor 1900 für die Einführung der ersten Frauenrechte stimmte, obwohl Frauen zu dieser Zeit selbst noch kein Wahlrecht hatten.

Es überrascht daher nicht, dass die Ausdehnung von Frauenrechten eng mit dem Bruttoinlandsprodukt verknüpft ist. Die Daten zeigen auch, dass eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer Zunahme von Frauenrechten einhergeht, da berufstätige Frauen das Familieneinkommen steigern. Gleichzeitig lässt sich empirisch belegen, dass ein Rückgang der Fertilitätsrate eng mit der Ausdehnung von Frauenrechten verbunden ist. Wenn die Bedeutung des Humankapitals zunimmt, entscheiden sich Familien eher dazu, weniger Kinder zu haben, jedoch mehr in die Bildung jedes einzelnen Kindes zu investieren. Das Motiv der elterlichen Fürsorge gewinnt an Stärke.

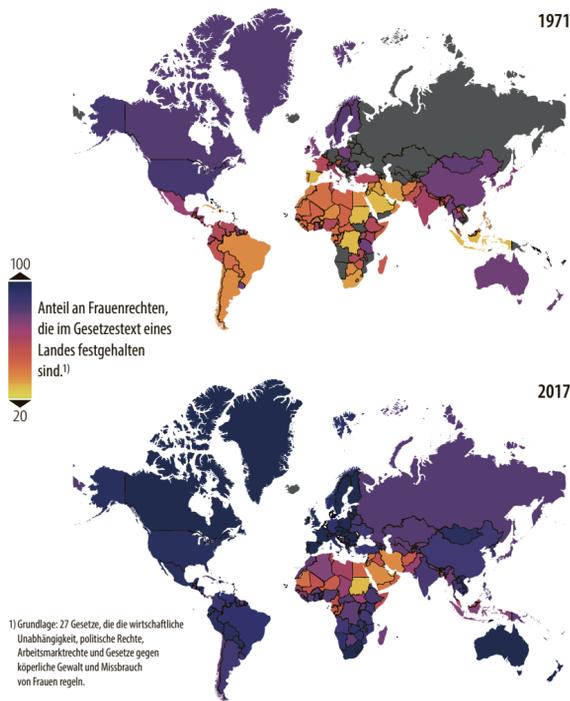
Betrachtet man alle Länder weltweit über die letzten 50 Jahre hinweg, gibt es klare Hinweise darauf, dass veränderte ökonomische Anreize eng mit der Entstehung von Frauenrechten verbunden sind. Natürlich spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Zum Beispiel können vorherrschende Religionen und Traditionen in einigen Teilen der Welt den Einfluss des ökonomischen Wachstums auf Frauenrechte mindern. So hat beispielsweise der Vatikanstaat das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ als einziges europäisches Land nicht ratifiziert.

Die Kluft zwischen den ehrgeizigen Zielen der UN-Frauenrechtskonvention von 1979 und dem Status quo bleibt erheblich. In vielen Ländern, insbesondere in Entwicklungsländern, besteht nach wie vor keine Gleichheit zwischen Frauen und Männern vor dem Gesetz. Die Analyse legt nahe, dass politischer Aktivismus allein möglicherweise nicht ausreicht, um diese Kluft zu überbrücken. Frauenrechte werden erweitert, wenn eine Mehrheitskoalition von entschlossenen Wählern davon profitiert. Schlechte wirtschaftliche Verhältnisse können die Anreize zur Einführung von Frauenrechten mindern. Volkswirtschaftliches Wachstum bildet daher eine entscheidende Grundlage, um die Gleichstellung von Frauen und Männern vor dem Gesetz zu erreichen. Erst wenn die volkswirtschaftliche Entwicklung weit genug fortgeschritten ist, werden die gesellschaftlichen Kosten zu hoch, um Frauen dieselben Rechte wie Männern weiter zu verweigern.

Michèle Tertilt ist Professorin für Makro- und Entwicklungsökonomie an der Uni Mannheim, Matthias Doepke ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der London School of Economics, Anne Hannusch ist Juniorprofessorin VWL in Mannheim, Laura Montenbruck ist Doktorandin.

## Wie Frauenrechte ausgeweitet wurden

Frauenrechteindex, 1971 und 2017



1) Grundlage: 27 Gesetze, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit, politische Rechte, Arbeitsmarktrechte und Gesetze gegen körperliche Gewalt und Missbrauch von Frauen regeln.

Quelle: Tertilt, Doepke, Hannusch und Montenbruck: NBER Working Paper 30617/Mapcreator.io/OSM.org/FA.Z.-Grafik Gonzalez

## EUROPLATZ FRANKFURT

## Warum Unternehmenssteuern senken?

Von Jörg Krämer

Auf den ersten Blick gibt es bei den Unternehmenssteuern nicht viel zu tun. Aktiengesellschaften und andere Kapitalgesellschaften haben in Deutschland im Jahr 2022 nach Berechnungen der OECD durchschnittlich einen Steuersatz von 26,4 Prozent gezahlt. Das ist sogar etwas weniger als die 28,3 Prozent im Jahr 2017, als die Statistik zum ersten Mal erstellt wurde. Dennoch ist die in Gang gekommene Diskussion über niedrigere Unternehmenssteuern mehr als angebracht.

Erstens haben wichtige Länder ihre Unternehmenssteuern anders als Deutschland deutlich gesenkt, wodurch Deutschland im Wettbewerb um internationales mobiles Kapital zurückgefallen ist. So hat die Steuerreform Trumps den durchschnittlichen Steuersatz für amerikanische Kapitalgesellschaften von 35,2 Prozent im Jahr 2017 auf 22,4 Prozent gesenkt, die US-Unternehmenssteuern sind damit deutlich niedriger als in Deutschland. Noch ausgeprägter war die Steuerlast in Frankreich, wo die Steuerlast von 41 Prozent auf 23,7 Prozent zurückging. Auch in Belgien ist sie deutlich gefallen und liegt unter der in Deutschland. Nicht zuletzt deshalb landet Deutschland in der Rangliste des Verbands der Familienunternehmen bei den Unternehmenssteuern auf dem vorletzten Platz.

Zweitens muss beachtet werden, dass Unternehmenssteuern ein Preis dafür sind, in einem bestimmten Land tätig sein zu dürfen. Bietet ein Land den Unternehmen sehr gute Verkehrswege, hoch qualifizierte Schulabgänger, niedrige Energiekosten, schnell

arbeitende Behörden etc., dann sind Unternehmen auch bereit, höhere Steuern zu zahlen als in anderen Ländern. Unternehmenssteuern kann man als Preis für die gebotenen Rahmenbedingungen interpretieren. Aber bei der Standortqualität fällt Deutschland durch den Reformstau seit Jahren zurück. Unsere Auswertung von Daten der Weltbank zeigt, dass sich Deutschland vor fünfzehn Jahren verglichen mit anderen EU-Staaten noch im oberen Drittel befand, während es sich mittlerweile im Mittelfeld bewegt. In der Rangliste des Verbands der Familienunternehmen ist Deutschland noch weiter abgefallen.



Eine unterdurchschnittliche Standortqualität und überdurchschnittlich hohe Steuern passen nicht zusammen. Um dieses Missverhältnis zu beseitigen, sollte die Bundesregierung an beiden Stellschrauben ansetzen. Die deutschen Unternehmen brauchen sowohl eine bessere Infrastruktur als auch niedrigere Steuern. Staatseinnahmen dagegen nur für eine bessere Infrastruktur und nicht für Steuerensenkungen zu verwenden, ist nicht optimal, weil nicht zuletzt aufgrund der langwierigen Genehmigungsverfahren viel Zeit vergeht, bis die Unternehmen von einer verbesserten Infrastruktur profitieren. Steuerensenkungen verbessern dagegen direkt die Wettbewerbsposition Deutschlands. Unternehmen bekommen rasch ein positives Signal und können besser die Zeit überbrücken, bis sich die sonstigen Rahmenbedingungen hoffentlich verbessert haben.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Commerzbank.

## WIRTSCHAFTSBÜCHER

## Unsere Zukunft liegt im Weltall

Tim Marshall schreibt über astropolitische Konflikte

Chinesischen Wissenschaftlern gelingt es, Mondgestein mithilfe von Bakterien in fruchtbaren Boden zu verwandeln. Japan bringt seine erste erfolgreiche Landung einer Sonde auf dem Erdtrabanten zustande. Und allen Widrigkeiten zum Trotz treiben mehrere US-Firmen, wie etwa SpaceX des Milliardärs Elon Musk, die kommerzielle Raumfahrt voran. Das sind nur drei Schlagzeilen aus den vergangenen Wochen. Sie zeigen: Angesichts von Klimakatastrophe, Ressourcenknappheit und einer Erdbevölkerung von acht Milliarden greift die Menschheit nach Jahrzehnten der Stagnation wieder nach den Sternen. Aber der Weltraum und eine Kolonisierung des Mondes oder gar des Mars sind längst kein Duell „USA versus UdSSR“ mehr. Neue Konkurrenten, allen voran China, sind auf die geopolitische Bühne getreten. Über die Verschiebung völkerrechtlicher und wirtschaftlicher Ansprüche in der neuen Ära der Astropolitik und über die daraus resultierenden Konflikte schreibt der britische Journalist Tim Marshall in seinem 2023 erschienenen Buch „Die Geografie der Zukunft“.

Das jüngste Werk des langjährigen Auslandskorrespondenten der BBC und von Sky News trägt den Untertitel „Wie der Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum unsere Welt verändern wird“. Mit dem Konzept, Weltpolitik anhand von Karten, geographischen und klimatischen Besonderheiten eines Landes zu erklären, landete Marshall 2015 einen Bestseller. Dank „Die Macht der Geographie“ wissen seitdem Millionen von Lesern auf der ganzen Welt, warum eine Bodeninvasion in Iran sinnlos ist und warum die Seefahrt nach England seit 1945 an Bedeutung verloren hat.

Wenn man dieses erzählerische Denken nun von der Erde auf die Atmosphäre, Umlaufbahnen und den Weltraum überträgt, bietet sich einem so hochbegabten und gewitzten Schreiber wie Marshall der ideale Rahmen für den nächsten Sachbuch-Erfolg. Doch „Die Geografie der Zukunft“ hat immense Anlaufschwierigkeiten. Erst als sich der Autor wieder auf seine bewährten Stärken besinnt, wird das Buch zum erhofften Gewinn. Bevor Marshall die Spannung zwischen den drei heute führenden Raumfahrtnationen und den bloßen „Mitreisenden“ aufbaut, muss man sich auf gut einem Viertel der 300 Seiten durch einen historischen Abriss von der Steinzeit an bemühen. Das ist einerseits notwendig, andererseits haben die US-Autoren Carl Sagan oder später Neil deGrasse Tyson (auf die sich Marshall mehrfach bezieht) mit dem TV-Format „Cosmos“ beeindruckend gezeigt, wie man komplexe Astrophysik unterhaltsamer für ein Massenpublikum in Szene setzt. Erst mit dem Kapitel „Outlaws“, in dem es um die rechtlichen Rahmenbedingungen und den von nun an immer wieder auftauchenden Weltraumvertrag der NASA namens „Artemis Accords“ geht, zündet das Buch den ersehnten

Nachbrenner. Mit klarer Struktur und vielen Details stellt Marshall – ganz bewusst in dieser Reihenfolge – zunächst China vor. Erst dann folgen die amerikanische und die russische Raumfahrtgeschichte. Am Ende der Kapitel weiß der Leser, warum die USA das erst 1992 gestartete bemannte Raumfahrtprogramm der Chinesen heute als größte Bedrohung ihrer eigenen Ambitionen empfinden, warum die Kürzung staatlicher Forschungsbudgets in den USA der Geburtshelfer für die private Raumfahrt war und warum sich Russland, trotz seines immensen militärischen Drohnenpotentials, mit der Rolle des Dienstleisters abfinden muss. Knapp, aber ihrer Bedeutung entsprechend, würdigt Marshall dagegen andere Staaten oder Verbündete wie die Europäische Weltraumorganisation (ESA).

Im letzten Drittel seines Buchs greift Marshall kurz zu einem Kunstgriff. Um die hohe Wahrscheinlichkeit künftiger Territorialkonflikte und Kriege zu verdeutlichen, wechselt er ins fiktive Thriller-Genre. Angesichts der geopolitischen Spannungen um Taiwan und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben beide von ihm beschriebenen Szenarien jedoch hochaktuelle Bezüge. In der ersten Fiktion schildert er eine Teilinvasion Taiwans durch die chinesische Armee im Jahr 2030, die nur durch Sabotage und Kampfhandlungen zwischen chinesischen und amerikanischen Satelliten möglich wird. In anderen, ebenfalls in der nahen Zukunft angesiedelten Fall geht es um den kommerziellen Abbau von Bodenschätzen auf dem Mond. Russland will sich gewaltsam Zugang zur Station eines US-Unternehmens verschaffen, die Amerikaner schlagen militärisch auf der Erde zurück. Wie zuletzt in der Kubakrise 1962 steht die Welt am Rande eines Atomkrieges. Nur ein Eingreifen Chinas verhindert die Eskalation.

Was nach Science-Fiction klingt, bettet Marshall geschickt in den Wettlauf der Weltraumnationen ein, in dem Amerikaner und Russen schon heute mit Lasern und Hyperschallwaffen Satelliten in der Erdumlaufbahn abschießen könnten oder sich China durch langfristige Handels- und Infrastrukturverträge weitere Startkapazitäten für seine Raketen in Äquatornähe sichert. Am Ende vermittelt „Die Geografie der Zukunft“ dem Leser doch genügend astropolitische Grundwissen und ökonomische Hintergründe, um aktuelle Ereignisse selbst einordnen zu können. Marshall selbst blickt pessimistisch in die Zukunft. Dass sich die Menschen im Weltraum auf Gemeinsamkeiten besinnen und die dortigen Ressourcen in Zukunft gerecht verteilen werden, hält er für „leider ziemlich unwahrscheinlich“.

MARCUS JUNG  
Tim Marshall: „Die Geografie der Zukunft. Wie der Kampf um Vorherrschaft unsere Welt verändern wird.“ dtv, München 2023. 312 Seiten, 26 Euro.